Freie Demokraten

Fraktion Bayern FDP

POSITIONSPAPIER

FDP-Fraktion präsentiert Konzept Standortpolitik für den Freistaat

Freie Demokraten
Fraktion Bayern FDP

Bayern soll ein international attraktiver Standort mit einer modernen Wirtschaft, hoher Beschäftigung und einmaliger Lebensqualität bleiben. Dabei wird die Anziehungskraft eines Standorts von unterschiedlichen Faktoren bestimmt: Neben wirtschaftlichen Aspekten spielen Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, eine intakte Umwelt und kulturelles Leben eine wichtige Rolle. Ein besonderer Standortfaktor ist dabei die Freiheit des Einzelnen.

Dieses Ziel, die Attraktivität Bayerns zu erhalten und zu steigern, gilt besonders auch während und nach der Corona-Pandemie. Deshalb müssen wir uns auf absehbare Strukturveränderungen einstellen und Wachstumspotentiale nutzen. Globale Machtverhältnisse verschieben sich, der internationale Wettbewerb nimmt weiter zu, technologische Entwicklungen wirken disruptiv. Das hat sich schon vor Corona gezeigt, die Pandemie wirkte vielfach bereits als Beschleuniger. Nun muss der Freistaat erhebliche Anstrengungen unternehmen, um Weltspitze zu bleiben.

Die Veränderungen in den kommenden Jahren werden wesentlich von Megatrends bestimmt. Dazu gehört die Digitalisierung nahezu aller Bereiche, eine neue Wissenskultur oder auch die zunehmende Mobilität. Die damit einhergehenden Entwicklungen wollen wir gestalten, statt uns ihnen nur anzupassen. Dabei müssen unsere Reformen über eine Legislaturperiode hinausdenken. Wir fordern daher ein bayerisches Reformjahrzehnt, in dem der Freistaat die Chancen, die sich aus den Megatrends ergeben, bestmöglich zum Wohl der Menschen nutzt. Für uns zeichnet sich ein moderner Standort auch durch nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften aus.

In Bayern haben sich viele kleine und mittelständische Unternehmen gerade auch in der Corona-Krise dank ihrer innovativen und zukunftsfähigen Geschäftsmodelle als resilient erwiesen. Dies müssen wir erhalten und deshalb die Rahmenbedingungen im Freistaat weiter verbessern: Größtmögliche wirtschaftliche Freiheit, Förderung kreativer Potentiale sowie weltbeste Bildung sind dafür wesentlich. Das künstliche Festhalten an veralteten Technologien durch Subventionen lehnen wir entschieden ab, da es die Weiterentwicklung des Freistaats hemmt. Bayern zukunftsfähig zu machen bedeutet für uns, besonders den Standort mit seinen Stärken im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe sowie im Dienstleistungssektor zu stärken und bei der digitalen Transformation bestmöglich zu unterstützen. Deshalb muss der Ausbau der analogen und der digitalen Infrastruktur beschleunigt und bürokratische Hemmnisse so weit wie irgend möglich abgebaut werden.

So stärken wir die Standortfaktoren für das Bayern von morgen

1. Durch mehr Autonomie Bayerns Schulen an die Weltspitze führen

Im Mittelpunkt eines besseren Bildungssystems muss der Mensch stehen, mit dem Ziel eines selbstbestimmten Lebens. Der Dreiklang aus Eigenverantwortung, Leistungswillen und zielgenauer Förderung des einzelnen Schülers ist für uns entscheidend. Die traditionelle Vermittlung von Wissen allein reicht aber nicht mehr aus, um die Herausforderungen von morgen zu meistern. Denn Kompetenzen, wie etwa auf dem Gebiet der Digitalisierung, werden mitentscheidend für einen selbstbestimmten Lebensentwurf sein. Statt zentral den Schulen ihren Alltag vorzuschreiben, soll der Staat sich darauf beschränken, faire Rahmenbedingungen zu setzen. Ein vielfältiges Bildungssystem wird dann zu einem wichtigen Standortvorteil, wenn es den Schulen größtmögliche Freiheit in der Gestaltung lässt und diese mit der Verantwortung für die Ergebnisse verbindet. Gemeinsam wollen wir so um beste Lösungen für unsere Schülerinnen und Schüler ringen.

Daher fordern wir konkret:

1.1 Der Einsatz von digitalen Medien muss in allen Schulfächern verbessert werden. Grundlage dafür ist unser Gesetzesentwurf zum Rechtsanspruch für Schüler und Lehrer auf ein eigenes zeitgemäßes, digitales Endgerät. Aber auch der Umgang mit Geräten und Medien muss gelernt und gelehrt werden.

1.2 Alle Schulen sollen mehr Gestaltungsfreiheit erhalten, zum Beispiel bei der Profilbildung, um unsere Kinder besser auf die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft wie den digitalen Wandel vorbereiten zu können.

1.3 Die Autonomie der Schulen ist durch Bildungsgutscheine und einen kooperativen Wettbewerb ab dem kommenden Schuljahr zu erhöhen.

1.4 Lehrer sollen durch ein attraktives Vergütungssystem mit Leistungsanreizen für Engagement und Erfolge belohnt werden.

1.5 Das Thema "Selbstständigkeit und Unternehmertum" ist in den Lehrplänen fest zu verankern und soll neben dem Unterricht auch in Projekten und Planspielen gemeinsam mit Unternehmen vermittelt werden.

2. Durch lebenslanges Lernen fit für den Arbeitsmarkt der Zukunft

Immer rasanter entwickeln sich neue Technologien, erworbenes Wissen veraltet dadurch immer schneller. Bestehende Berufe verschwinden, werden ersetzt oder wesentlich verändert. Es ist daher in der Zukunft besonders wichtig, sein Wissen stetig zu erweitern und sich laufend neue Fertigkeiten anzueignen. Bayern kann deshalb nur dann ein attraktiver Standort für innovative Firmen sein und bleiben, wenn die Arbeitnehmer sich stets fortbilden. Denn die Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit aktuell gesuchten Kompetenzen und Fähigkeiten ist für Unternehmen bei der Wahl des Standorts eines der wichtigsten Kriterien. Das lebenslange Lernen ist zudem maßgeblich für die Chancengerechtigkeit. Denn Krise und technologische Fortentwicklung wirken sich meist negativ auf die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten aus und erhöhen zugleich die Chancen von Menschen mit guter Ausbildung. Wir wollen, dass niemand in Bayern auf der Strecke bleibt und jeder von den neu entstehenden Chancen profitieren kann.

Daher fordern wir konkret:

2.1 Mit einem Modellprojekt zur Modularisierung bestimmter Ausbildungen, soll ein vollwertiger Berufsabschluss auch durch die Absolvierung einzelner Module ermöglicht werden. So wird Menschen ohne Abschluss und Zuwanderern durch das Nachholen fehlender Module das Erreichen eines vollwertigen Berufsabschlusses ermöglicht.

2.2 Durch stärkere Anreize soll das Angebot von Teilzeitausbildungen ausgeweitet werden, so dass auch Personengruppen, die keiner Vollzeitausbildung nachgehen können (bspw. Alleinerziehende) ein vollwertiger Abschluss ermöglicht wird. Zudem ist die Bundesagentur für Arbeit stärker beim Programm "Zukunftsstarter" zu unterstützen, damit Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren das Nachholen eines Abschlusses in einer regulären Ausbildung ermöglicht wird.

2.3 Für jeden ist ein digitales Freiraumkonto einzurichten, auf welchem ausschließlich für Weiterbildungen steuer- und abgabenfrei gespart werden kann und auf welches auch Arbeitgeber einzahlen können. Geringverdienern zahlt der Staat einen Zuschuss. Zudem soll es die Einführung einer Bildungsteilzeit mit teilweisem Lohnersatz nach dem österreichischen Modell den Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Arbeitszeit für die Dauer der Absolvierung einer Weiterbildung zu verringern.

2.4 Zur besseren Transparenz wollen wir die Einrichtung eines bayernweiten Portals, auf welchem alle bayerischen Weiterbildungsangebote gebündelt aufgelistet werden und eine unkomplizierte Buchung möglich ist. Dieses Portal soll zudem mit dem digitalen Freiraumkonto verbunden werden, um so direkt eine Bezahlung über dieses zu ermöglichen.

2.5 Die Angebote der Bayerischen Hochschulen und der Bayerischen Volkshochschulen zur beruflichen Weiterbildung sind auszuweiten.

3. Den Weg von der Dienstleistungs- zur Wissensgesellschaft freimachen

Wissenschaft und Forschung sind Grundvoraussetzungen, um die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns zu erhalten, und somit das Fundament des bayerischen Wohlstands von morgen. Als ressourcenarmes Land müssen wir in die wichtigste Ressource investieren, die wir in Bayern haben: die klugen Köpfe von morgen. Im internationalen Vergleich zeigt sich: Wir sind gut, aber es geht noch besser! Unsere Universitäten und Hochschulen sollen im internationalen Vergleich nicht nur bestehen, sondern hervorragen. Wie wir das schaffen können? Wir Freie Demokraten sind der Meinung, dass die Hochschulen die größtmögliche Autonomie brauchen, um die besten Lehr- und Lernbedingungen zu schaffen.

Daher fordern wir konkret:

3.1 Die Hochschulen des Freistaats sollen jeweils ein Globalbudget erhalten, über das sie eigenständig verfügen und für z.B. Forschungsprojekte, technische Anschaffungen, die Anwerbung von herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verwenden können.

3.2 Hochschulen und Universitäten sollen Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftlern Gehälter bezahlen können, die mit denen in der freien Wirtschaft und international vergleichbar sind. Nur so kann sichergestellt werden, dass Top-Wissenschaftler nach Bayern kommen.

3.3 Bis zum Wintersemester 2021/2022 ist eine Plattform für alle Services einzurichten, sodass Prüfungsanmeldungen, Bücherleihen, Semestergebühren sowie alle studienbezogenen Verwaltungsakte digital abgewickelt werden können.

3.4 Die Möglichkeit des Dualen Studiums soll auf alle Fächergruppen ausgeweitet werden, damit ein erhöhter Wissenstransfer und eine frühe praktische Einbindung in die bayerische Wirtschaft gestärkt werden.

3.5 Bayerische Hochschulen sollen auf allen Ebenen des Hochschulbetriebs (das heißt Forschung, Lehre und Verwaltung) zu einem Vorbild für nachhaltiges und klimaneutrales Handeln werden.

4. Von der Idee bis zur Umsetzung - Wissenschaft und Wirtschaft enger verzahnen

Jede kluge Idee entspringt zunächst aus einem klugen Kopf. Damit Ideen nicht nur Ideen bleiben, sondern der Standort Bayern das nächste Silicon Valley wird, braucht es zwei Faktoren: Erstens optimale Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft und zweitens eine enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Dafür müssen Kooperationen zwischen Hochschulen und innovativen Unternehmen ausgebaut sowie Unternehmensausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker gefördert werden. Wir Freie Demokraten glauben, dass den großen Herausforderungen nicht mit Verboten oder Angst, sondern mit Mut und technischem Fortschritt begegnet werden muss. Mut zur Umsetzung neuer, bahnbrechender Ideen soll gefördert und unternehmerisches Risiko (auch im Falle eines "positiven Scheiterns") belohnt werden. Darum müssen wir in die Technologien von morgen investieren: Dazu gehören insbesondere Cleantech, 3D-Druck, KI, Robotik, autonomes Fahren, Telematik, Biotechnologie und der Ausbau von Luft- und Raumfahrttechnologien.

Daher fordern wir konkret:

4.1 Bayerische Hochschulen sollen hochschulgebundene Investitionsfonds erhalten. Der Freistaat zahlt in diesen Fonds eine bestimmte Summe ein, über die die einzelnen Hochschulen frei verfügen können. Damit können sie sich an den Ideen von ihren Studierenden und Professoren bzw. Professorinnen gegründeten Spin-offs und Start-ups beteiligen und ihnen zu einem schnellen Durchbruch verhelfen.

4.2 Unternehmensgründungen sollen je nach Studiengang durch ECTS-Punkte anerkannt werden.

4.3 Gründen Professoren und Professorinnen bzw. wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Unternehmen, können sie im Rahmen eines "Founding Sabbaticals" für 1-2 Semester von ihrer Lehrverpflichtung befreit werden und sich somit voll und ganz auf ihr Unternehmen konzentrieren.

4.4 Die unter der Regierungsbeteiligung der FDP ins Leben gerufenen Technologietransferzentren in den Regionen sind auszubauen, um den Transfer von Wissen und Technologie aus den Hochschulen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu befördern.

4.5 Jede Hochschule soll einen Innovationsmanager erhalten. Diese sollen in verschiedenen Bereichen Technologiewettbewerbe starten, neue Trends identifizieren und dann auch gezielt mit einer Forschungs- und Verwertungsförderung unterstützend zur Seite stehen.

5. Attraktivität des Standorts für ausländische/nicht EU-Fachkräfte steigern

Schon aus demographischen Gründen wird Bayern den Bedarf an Fachkräften nicht aus der eigenen Bevölkerung heraus abdecken können. Bayern muss deshalb im nationalen und internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich sein. Derzeit bedarf es aber langwieriger Recherchen, um etwa Informationen über das Arbeiten in Bayern und die in Bayern offenen Stellen zu erhalten. Vieles ist zudem nur in deutscher Sprache verfügbar. Dadurch werden viele Bewerber bereits im frühen Stadium der Überlegungen demotiviert und sie entscheiden sich stattdessen

lieber für ein anderes Land. Bayern muss daher eine deutlich stärkere Präsenz im Internet aufbauen, alle notwendigen Informationen möglichst gebündelt darstellen und vor allem auch die Menschen nach ihrer Ankunft unterstützen.

Daher fordern wir konkret:

5.1 Durch einen Relaunch des Portals und Programms "Work in Bavaria" sollen bessere Informationen über das Arbeiten in Bayern zur Verfügung gestellt werden. Vor allem soll dieses Portal relevante Stellenanzeigen abbilden und in weiteren Sprachen angeboten werden. Auch das Portal Anabin ist in weiteren Sprachen anzubieten und muss eine kostenlose vorab-Prüfung des Abschlusses ermöglichen.

5.2 Alle gängigen Verwaltungsverfahren in den bayerischen Behörden sollen auch auf Englisch abgewickelt werden können.

5.3 In jeder größeren Stadt/ jedem Landkreis ist ein "Welcome Center" einzurichten, welches allen Zuwanderern Unterstützung bei allen notwendigen Behördengängen bietet und für eine verbesserte Erstorientierung der Zuwanderer sorgt.

5.4 Die internationale Anwerbung von Azubis ist deutlich zu verstärken. Hierfür sollen grenzüberschreitende Partnerschaften geschlossen und internationale Ausbildungen angeboten werden, um den potenziellen Bewerbern den Einstieg in das neue Ausbildungsverhältnis zu vereinfachen. Im Herkunftsland sind zudem online Sprachkurse und Ausbildungsinhalte für die potenziellen Bewerber anzubieten.

5.5 Das Angebot an bilingualen Schulen und Kitas in Bayern muss entscheidend ausgebaut werden.

6. Neue Gründerzeit einläuten

Wir Freie Demokraten sehen die Gründerkultur in Bayern als entscheidenden Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen. Deren Verbesserung ist genauso wichtig wie das Gelingen der Umstellungsprozesse in den klassischen Industrien. In Bayern haben wir eine großartige

Vielfalt an Erfindergeist. Allein bei den Patentanmeldungen sind wir deutschlandweit führend. Verbesserungswürdig ist jedoch weiterhin unsere Gründermentalität und Gründerkultur. Wir wollen alle Potentiale der Wirtschaft in Bayern entfesseln! Unsere Vision ist es, bayerische IT-Unternehmen von Weltrang hervorzubringen. Dafür brauchen wir beste Bedingungen - lösen wir einen neuen Gründerboom in Bayern aus!

Daher fordern wir konkret:

6.1 Gemeinsam mit institutionellen Investoren ist im Freistaat ein "Bayerischer Zukunftsfonds" einzurichten. Dieser Dachfonds soll hauptsächlich in bestehende oder neu aufzulegende bayerische Venture-Capital-Fonds bzw. Investmentfonds mit digitalem Schwerpunkt investieren.

6.2 Im Freistaat ist eine bayerische Agentur für Sprunginnovation zu gründen. Sie soll durch Wettbewerbe zu technologischen Wagnissen ermutigen und ihren Schwerpunkt auf eine schnellstmögliche Prototyp-Entwicklung legen.

6.3 Durch die Gründung eines Online-Portals nach dem One-Stop-Shop-Prinzip sollen Behördengänge für die Gründung eines Unternehmens digitalisiert, gebündelt und so vereinfacht werden, dass Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden möglich sind.

6.4 Ein Gründer-Bafög soll im Stil eines Stipendiums Unternehmensgründern die Chance eröffnen, ihre innovative Geschäftsidee auf den Weg zu bringen und in die Gründerszene Bayerns einzusteigen. Um die Existenzgründung von Eltern zu erleichtern, ist ein Gründungszuschuss einzuführen, der direkt nach oder während der Elternzeit beantragt werden kann.

6.5 Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Freistaat Bayern ab dem Jahr 2020 eine Meistergründungsprämie in Höhe von 10.000 Euro einzuführen. Die Prämie erhalten Meister, die nach ihrer Meisterausbildung erstmalig einen Betrieb gründen, übernehmen oder sich an einem Betrieb beteiligen.

7. Bavarian Valleys und Public Private Partnership als Innovationsmotor

Bavarian Valleys als Freiheitszonen, in denen besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen herrschen, können Experimentierfelder für Wachstum, Innovation und High-Tech-Arbeit im Freistaat und ein wichtiger Beitrag zur Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unternehmen sein. In diesen Freiheitszonen sollen unter anderem Behörden und Verwaltungen im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen ein höherer Freiheitsgrad gewährt werden, sodass dort besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen gelten. Auf drei Schwerpunkte muss dafür vor Ort Wert gelegt werden: Gründungen vereinfachen, Fachkräfte gewinnen und Wissen fördern. Gleichzeitig sollen privatwirtschaftliche, regionale Wagniskapitalgeber, gegebenenfalls auch in Public Private Partnership, besonders gefördert werden, um die regionale Verankerung zu kräftigen. Die Schaffung von Bavarian Valleys ist damit auch Grundlage attraktiver Regionalentwicklung, die Fachkräfte anzieht.

Daher fordern wir konkret:

7.1 Die Staatsregierung wird aufgefordert, drei Regionen außerhalb der Ballungszentren zu identifizieren, die für Freiheitszonen besonders geeignet sind.

7.2 Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Studie vorzulegen, die untersucht wie bau-, energie-, verwaltungs-, steuer- und arbeitsrechtliche Freiräume über Experimentierklauseln kurzfristig für diese Zonen realisiert werden können.

7.3 Die Förderung regionalen Wagniskapitals ist zu erweitern, auch im Rahmen von Public Private Partnership.

8. Durch einen modernen Arbeitsmarkt die Standortattraktivität sichern

Die Arbeitswelt befindet sich im Umbruch. Innovative Firmen rücken immer stärker von einem starren "Nine-To-Five Job-Modell" ab und bieten moderne Arbeitsbedingungen an. Beispiel hierfür sind etwa das mobile Arbeiten und flexible Arbeitszeitmodelle. Unternehmen können diese Möglichkeiten jedoch nur nutzen, wenn die Rechtslage dies zulässt. Das deutsche Arbeitszeitgesetz stammt jedoch aus einer Zeit, in der Faxgeräte noch zur Standardausrüstung eines Büros gehörten und E-Mail als die neue Erfindung galt. Ein Standort kann aber nur dann attraktiv sein, wenn die an ihm tätigen Firmen auch moderne Arbeitsbedingungen bieten können und somit auch für entsprechende Fachkräfte attraktiv sind. Auch muss es Fachkräften einfacher ermöglicht werden, auch nach dem Renteneintritt das Unternehmen mit seinem Know-How zu unterstützen.

Daher fordern wir konkret:

8.1 Das Arbeitszeitgesetz aus dem Jahr 1994 ist endlich zu modernisieren, indem von einer starren Tageshöchstarbeitszeit auch auf eine flexible Wochenarbeitszeit umgestellt werden kann und die Pausenregelungen flexibilisiert werden.

8.2 Es sind stärkere Anreize zu schaffen, damit Seniorinnen und Senioren in Betrieben als Paten für Auszubildende zum Einsatz kommen. Hierfür ist, in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberverbänden, ein entsprechendes Programm aufzusetzen. Begleitend soll für Menschen im Rentenalter eine deutliche Flexibilisierung des Arbeitsrechts erfolgen, damit die Anreize für die Beschäftigung dieser Personengruppen gesteigert werden.

8.3 Die Regelungen für mobiles Arbeiten müssen rechtssicher, unbürokratisch und flexibel ausgestaltet und die steuerliche Absetzbarkeit verbessert werden. Mobiles Arbeiten ist zudem durch einen Rechtsanspruch auf Erörterung zu stärken. Dies bedeutet, dass der Arbeitgeber den Antrag von Beschäftigten stets prüfen und mit dem oder der Beschäftigten erörtern muss.

8.4 Die geplante Einschränkung der sachgrundlosen Befristung stellt viele Betriebe vor große Herausforderungen und kann einen Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten. Wir fordern daher, dass neue Sachgründe, bzw. Formen der befristeten Arbeitsverträge geschaffen werden. Diese sind zudem so auszugestalten, dass diese unbürokratisch und rechtssicher angewandt werden können.

8.5 Damit die betriebliche Gesundheitsförderung vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen attraktiver wird, wollen wir steuerliche Absetzbarkeit zu verbessern und die Beratung vor allem von KMUs auszuweiten.

9. Digitale Verwaltung als Vorbild für einen modernen Staat

Die Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung Bayerns hat in vielen Bereichen bisher gar nicht oder nur sehr unbefriedigend stattgefunden. E-Government klingt in Bayern immer noch mehr nach einer fernen Zukunft als absehbare Realität. Das Drucken von Formularen, hunderte Meter von Aktenordner-Sammlungen und eine Kommunikation per Brief und Fax sind in den bayerischen Behörden immer noch weit verbreitet. Mobiles Arbeiten ist häufig schon allein wegen fehlender Ausstattung unmöglich. Hinzu kommt, dass die aktuellen Regelungen zur täglichen Höchstarbeitszeit nicht mehr die ökonomische Arbeits-Realität widerspiegeln. Wir Freie Demokraten fordern daher einen Mentalitätswechsel in den bayerischen Amtsstuben. Grundlage dafür soll das Modell des Lernenden Staates sein. Damit geht einher, dass in den bayerischen Behörden eine Fehlerkultur etabliert wird. Wer es wagt, mutig Neues zu probieren, zeigt Innovationsgeist und sollte dafür belohnt werden - auch wenn es dabei mal zu Fehlern kommt.

Daher fordern wir konkret:

9.1 Bis Ende 2021 sind alle internen Prozesse in den Behörden Bayerns vollständig zu digitalisieren. Papierloses Arbeiten muss zum Standard werden. Wer davon abweicht, muss dies begründen.

9.2 Bis Ende 2021 ist den Bürgern und Unternehmen Bayerns jedes Formular der bayerischen Verwaltung vollständig digital zur Verfügung zu stellen und digital bearbeitbar und nicht nur als pdf ausdruckbar sein.

9.3 Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Öffentlichen Dienst sollen bis Ende 2023 über ein digitales Endgerät verfügen, dass ihnen problemlos die Möglichkeit mobilen Arbeitens inklusive der Nutzung von Homeoffice bietet.

9.4 Das Angebot der Teleberatung soll bis Ende 2023 in allen Behörden Bayerns standardmäßig angeboten werden, sodass der Gang zur Behörde nur noch in Ausnahmefällen zwingend erforderlich ist.

9.5 Nicht nur für Angestellte, sondern auch für Beamte sollen ab 2022 flexible Arbeitszeiten gelten, indem statt einer täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit gilt.

10. Unternehmerische Freiheit durch niedrige Kosten erhöhen

Die hohe Steuer- und Abgabenlast ist der größte Standortnachteil Bayerns im internationalen Wettbewerb. Gerade die steigende Energiesteuern führen bei zahlreichen Unternehmen dazu, dass sie an einen Standortwechsel ins Ausland denken. Auch wenn die Staatsregierung bei Steuern und Abgaben keine Entscheidungskompetenz besitzt, muss sie im Bund den Druck auf breite Entlastungen massiv erhöhen. Das zaghafte Vorgehen bei der Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist ein trauriges Beispiel für "viel versprochen, aber wenig gehalten". Aber nicht nur die Unternehmen und Bürger müssen steuerlich bessergestellt werden, sondern auch die Kommunen. Denn die Corona-Krise zeigt abermals die Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen. Trotz Milliarden-Hilfen des Bundes musste die Staatsregierung die bayerischen Kommunen bereits mit zusätzlichen 1,3 Milliarden Euro unterstützen. Das zeigt, dass die Gewerbesteuer in der gegenwärtigen Form nicht krisenfest ist und dringend einer Reform bedarf.

Daher fordern wir konkret:

10.1 Die Staatsregierung muss sich auf Bundesebene für eine grundsätzliche Reform des mittlerweile komplexen Konstrukts der Energiekosten einsetzen. Sämtliche Steuern, Umlagen, Abgaben und Entgelte müssen auf den Prüfstand und massiv entschlackt werden, um heimische Unternehmen nicht weiter mit hohen Energiekosten zu belasten.

10.2 Im Rahmen einer Bundesratsinitiative soll sich die Staatsregierung dafür einzusetzen, dass die Gewerbesteuer abgeschafft und durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht

auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie einem höheren Anteil an der Umsatzsteuer ersetzt wird.

10.3 Die Staatsregierung soll sich auf Bundesebene für eine dauerhafte Senkung der Unternehmensbesteuerung einsetzen, die deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb nicht weiter benachteiligt.

10.4 Zur Entfesselung der Wirtschaft ist im Freistaat unnötige Bürokratie anhand konkreter jährlicher Meilensteine und Zielgrößen verbindlich abzubauen.

10.5 Die drohende Doppelbelastung von Industrieunternehmen durch den europäischen und deutschen Emissionshandel muss verhindert werden. Denn Industrieunternehmen, die sowohl vom EU-ETS als auch vom nationalen Emissionshandelssystem erfasst werden, sind ab 2021 innerhalb von 18 Monaten Mehrkosten von circa 2 Milliarden Euro ausgesetzt. Die vereinbarte Erstattung dieser Mehrbelastung wird aber erst verzögert zurückgezahlt.

11. Vernetzung von Stadt und Land durch digitale Infrastruktur und innovative Mobilität

Derzeit leben im Freistaat rund 13 Millionen Menschen. Berechnungen des Landesamts für Statistik zufolge wird in den nächsten 20 Jahren eine weitere Steigerung von rund vier Prozent gegenüber dem Jahr 2020 prognostiziert. Während insbesondere größere Städte und angrenzende Landkreise ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnen, werden die Bevölkerungszahlen in ländlichen Gebieten eher stagnieren oder gar zurückgehen. Diese Entwicklung möchte die FDP Fraktion im Bayerischen Landtag aktiv gestalten, indem sie sich für gleichwertige Lebensverhältnisse und damit für den Abbau regionaler Disparitäten einsetzt. Durch eine bessere analoge und digitale Verflechtung zwischen Stadt und Land kann ein weiterer starker Zuzug in die Städte abgemildert werden. Der Mobilität und dem Ausbau der Breitbandversorgung werden hier eine besondere Bedeutung beigemessen, die sie maßgeblich dazu beitragen, räumliche Distanzen zu überwinden.

Daher fordern wir konkret:

11.1 Die Konnektivität zwischen Stadt und Land soll ausgebaut werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns einen zentralen Ort der nächsthöheren Hierarchieebene in 30 Minuten erreichen kann, um somit insbesondere strukturschwächere Regionen zu stärken.

11.2 Bedarfsorientierte Verkehre in Orten, in denen kurzfristig keine Etablierung des Bayern-Taktes möglich ist, sind auszubauen und zu optimieren, um die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr im ländlichen Raum zu reduzieren.

11.3 Stillgelegte Eisenbahnstrecken sind zu reaktivieren, um die Erschließung der bisher vom SPNV unterversorgten Regionen zu verbessern und ein besseres Grundangebot im öffentlichen Verkehr herzustellen.

11.4 Mobilfunklücken sind endlich zu schließen und der Breitbandausbau in Gesamtbayern ist zu beschleunigen. Dabei sollen Mindeststandards festlegt werden, um ein essentielles Grundbedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen.

12. Bayern als innovatives Mobilitätsland

Die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, hat sich seit jeher immer wieder geändert und wird sich auch in den nächsten Jahren weiter wandeln. Die Vielfalt an neuen Mobilitätsformen wird bei einem stetig steigenden Mobilitätsbedarf weiterwachsen. Technische und digitale Innovationen liefern bereits vielversprechende Ansätze, um einen Paradigmenwechsel im Personenverkehr voranzutreiben. Ob Shared-Mobility, autonomes Fahren, Microcarrier wie E-Scooter, Hyperloop oder Drohnen – neue Errungenschaften und veränderte Bedürfnisse werden zum Motor innovativer Formen der Fortbewegung. Hierfür ist es wichtig, die richtigen politischen Weichenstellungen zu setzen, um auch zukünftig mobil unterwegs zu sein.

Daher fordern wir konkret:

12.1 Infrastrukturvorhaben müssen in der Planung, Genehmigung und Realisierung beschleunigt werden, um eine leistungsfähige und bedarfsgerechte Infrastruktur schnellstmöglich zu erhalten (z.B. Brennernordzufuhr).

12.2 Vorhandene Engpässe an zentralen Verkehrsknotenpunkten sind zu beseitigen, damit die Voraussetzungen für eine multimodale Anbindung geschaffen werden können (z.B. Anbindung des Flughafens München an den Schienenfernverkehr und an die bayerische Landeshauptstadt, Integration von Leihfahrrädern in den ÖPNV).

12.3 Bayern benötigt eine interaktive Bürgerbeteiligungsplattform, um Bürgerinteressen bei Großprojekten frühestmöglich einzubinden.

12.4 Der Flugplatzzwang ist aus dem Luftverkehrsgesetz (LuftVG) für Flugtaxis zu lösen, damit Innovationen eine echte Chance zur Entfaltung haben.

12.5 Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) muss modernisiert werden, um innovative Mobilitätsdienstleistungen und Plattformen zu schaffen.

13. Unkompliziert und bedarfsgerecht Wohnraum schaffen

Wohnungsknappheit und die hohen Lebenserhaltungs- bzw. Mietkosten sind wenige negative Standortfaktoren, die derzeit gegen den Standort Bayern sprechen. Bei den derzeitigen hohen Grundstücks- und Entstehungskosten hat sich insbesondere für junge Familien der Traum von den eigenen vier Wänden ausgelebt. Um den Bedarf an Wohnraum zu decken, müssten jährlich 70.000 neue Wohnungen entstehen. Dieses Ziel wurde in den letzten Jahren immer wieder verfehlt. Anstelle mehr Regularien zu schaffen, müsste jedes Gesetz, Artikel und Norm auf Sinnhaftigkeit und Möglichkeit zur Entbürokratisierung geprüft werden. Der Staat darf nicht länger Kostentreiber Nummer 1 sein.

Daher fordern wir konkret:

13.1 Die Nutzungsänderungen von Gewerberäumlichkeiten zu Wohnraum müssen erleichtert werden, indem die Regularien und Normen für Wohnen reduziert werden.

13.2 Der Bau von Werkdienstwohnungen ist zu erleichtern und in Industrie- und Gewerbegebieten zu ermöglichen, sodass Arbeitgeber ihren Mitarbeitern kostengünstig Wohnraum zur Verfügung stellen können, ohne dass sich das Finanzamt bereichert.

13.3 Die Kommunen Bayerns müssen bestärkt und unterstützt werden, mehr Bauland zu mobilisieren, um das Angebot der Ressource Boden der Nachfragen anzupassen.

13.4 Die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie ist abzuschaffen, um einen positiven Beitrag zur Wohneigentumsbildung zu leisten und gleichzeitig die Baukosten zu senken.

14. Energiedreieck wieder in Balance bringen - Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu einer ganzheitlichen Energiewende zusammenbringen

Um sowohl den Wirtschaftsstandort Bayern im internationalen Wettbewerb zu sichern als auch die Energiewende auf lange Sicht zu gestalten, müssen in Bayern und Deutschland größere Reformen im Energiesektor angepackt werden. Während in der Vergangenheit besonders die ökologische Seite der Energiewende betont wurde, muss nach 20 Jahren EEG-Förderung nun zugleich eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in den Blick genommen werden. Neben einer grundsätzlichen Reform der Energienebenkosten, die energieintensive Unternehmen immer mehr belasten, müssen vor allem die Erneuerbaren Energien in den Markt entlassen werden. In den nächsten zehn Jahren werden deutschlandweit Erneuerbare-Energien-Anlagen mit einer Leistung von circa 51 GW aus der EEG-Förderung fallen. Neue Fördertatbestände sind dringend zu vermeiden. Um den wirtschaftlichen Weiterbetrieb der alten Anlagen zu sichern, müssen marktwirtschaftliche Lösungen gefunden werden. Ein wichtiger Baustein wären hierbei langfristige Lieferverträge (Power Purchase Agreements).

Daher fordern wir konkret:

14.1 Wir wollen die rechtlichen und administrativen Hürden für Power Purchase Agreements (PPA) abbauen und die Erneuerbaren Energien für eine förderungsfreie, marktwirtschaftliche Zukunft bereitmachen.

14.2 Solange Grüner Wasserstoff nicht in den industriell notwendigen Mengen verfügbar ist, müssen wir die Voraussetzungen für den Einsatz von Blauem Wasserstoff auch in Bayern voranbringen. Hierzu muss von der Staatsregierung ein Konzept erarbeitet werden, um vor allem das abgeschiedene CO2 an die geplanten CO2-Lager in der Nordsee zu transportieren.

14.3 Mit einem Lizenzmodell wollen wir bayerische Gemeinden an dem Gewinn der Tiefengeothermie-Anlagen auf ihrem Gebiet beteiligen und somit die flächendeckende Einführung der Geothermie in Bayern erleichtern. Das bayerische Molassebecken eignet sich hierbei hervorragend für die Etablierung von Geothermieanlagen im Freistaat.

15. Bayern muss bei Infrastruktur europäisch und global denken und handeln

Der Wirtschaftsstandort Bayern kann nur dann eine Zukunft haben, wenn die Verbindung zu unseren europäischen Nachbarn stimmt. Um Bayerische Güter nach Europa und in die ganze Welt zu verschicken, brauchen wir auch dringend größere Infrastrukturprojekte mit unseren europäischen Nachbarn. Bei deren Umsetzung muss dabei die "Not-In-My-Backyard"-Politik aufhören und das größere Bild des Wirtschaftsstandorts Bayern in den Blick genommen werden.

Für den Standort Bayern müssen perspektivisch unsere Gasnetze für die Zeit ab 2050 vorbereitet werden. Ab diesem Zeitpunkt soll kein fossiles Gas mehr durch Europa transportiert werden. Daher müssen unsere Gasnetze auf einen grenzüberschreitenden Transport von CO2-neutralem Gas vorbereitet werden.

Zusammen mit unseren afrikanischen und globalen Partnern müssen wir auch den Kampf gegen den Klimawandel angehen. National oder sogar bundesländerspezifische Klimamaßnahmen laufen

Gefahr, ineffizient und unnötig teuer zu sein. Hingegen können in Entwicklungs- und Schwellenländern Klimaschutzmaßnahmen wesentlich kostengünstiger realisiert werden.

Daher fordern wir konkret:

15.1 Die Staatsregierung muss mit den Betroffenen vor Ort für den Brennernordzulauf zügig eine Lösung finden und sich aktiv für die Beschleunigung des Prozesses und des Baus einzusetzen.

15.2 Die Planungen der Metropolbahnen zwischen München und Prag und Nürnberg und Prag müssen endlich vorankommen und im Bundesverkehrswegeplan dementsprechend berücksichtigt werden.

15.3 Damit Fernleitungsnetzbetreiber schon heute unsere Gasnetze für eine Zeit nach der fossilen Erdgasnutzung planen und umrüsten können, muss auf europäischer Ebene die Aktualisierung der EU-Gasrichtlinie erfolgen.

15.4 Die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion muss vorgetrieben werden, von der nicht nur die europäische Industrie, sondern auch die Sicherung der Energieversorgung und die Einhaltung der Klimaziele profitieren sollen.

15.5 Neue Klima- und Wirtschaftspartnerschaften müssen auch durch die bayerischen Repräsentanzen in Entwicklungs- und Schwellenländern etabliert und verstärkt werden.

16. Eine moderne Gesundheits- und Pflegeversorgung als wichtiger Standortfaktor

Da eine gute Gesundheitsversorgung ein entscheidender Wettbewerbsvorteil im internationalen Arbeitsmarkt ist, sind gesunde Mitarbeiter – mit der gegebenen Sicherheit einer guten pflegerischen Versorgung ihrer Angehörigen – für Unternehmen ein Muss. Die Megatrends unserer Zeit wie der Demografische Wandel oder auch die Digitalisierung werden dafür sorgen, dass die Gesundheits- und Pflegewirtschaft in Zukunft an Dynamik und Wichtigkeit gewinnen. Hier hat vor allem der industrielle Teil der Branche das Potential international als Impulsgeber für Innovation

und Fortschritt zu fungieren. Um dies zu erreichen, bedarf es einer mutigen Standortpolitik, die sich Neuem nicht verschließt, sondern an der Spitze des Fortschritts schreitet.

Daher fordern wir konkret:

16.1 Der Bayerische Demenzfonds ist in einen Bayerischen Demenz- und Innovationsfonds umzuwidmen, der innovative Wohnformen für demenziell Erkrankte finanziell unterstützt.

16.2 Die Digitalisierung unserer Krankenhäuser muss verstärkte Priorität genießen. Der auf Bundesebene aufgelegte Krankenhauszukunftsfonds muss durch die Bayerische Staatsregierung zeitnah genutzt werden, um unsere Krankenhäuser fit für die Zukunft zu machen.

16.3 Die Staatsregierung soll sich auf Bundesebene für die Einführung eines liberalen Pflegebudgets einsetzen. Um die Betroffenen zu mehr Selbstbestimmung zu befähigen, fordern wir den flächendeckenden Ausbau einer Beratungsinfrastruktur mit einheitlichem Standard.

16.4 Die Forschung im Bereich der Medizin, aber auch der Versorgungsforschung muss ausgebaut werden. Die "Hightech Agenda Bayern" gilt es diesbezüglich konsequent in eine "Hightech Strategie Bayern 2030" weiterzuentwickeln.

16.5 Eine Niederlassungsoffensive kann dabei helfen, den Ärztemangel in den Regionen abzumildern. Gleichzeitig müssen moderne Formen der ambulanten Versorgung, z.B. durch die Delegation von ärztlichen Aufgaben an Fachpersonal (Public Health Nurse) oder Gesundheits- und Versorgungszentren erprobt und implementiert werden.